

**Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen
Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht**

Band 263

Infinites Satzungsrecht

**Zur Zulässigkeit unabänderlicher
Satzungsbestimmungen im GmbH-Recht**

Von

Laura Sophie Lehmann



Duncker & Humblot · Berlin

LAURA SOPHIE LEHMANN

Infinites Satzungsrecht

Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen
Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg

Professor Dr. Jens Koch, Köln

Professor Dr. Hanno Merkt, LL.M., Freiburg

Professor Dr. Gerald Spindler †

Band 263

Infinites Satzungsrecht

Zur Zulässigkeit unabänderlicher
Satzungsbestimmungen im GmbH-Recht

Von

Laura Sophie Lehmann



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
hat diese Arbeit im Jahr 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpau
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 1614-7626
ISBN 978-3-428-19455-1 (Print)
ISBN 978-3-428-59455-9 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Meiner Mutter Christiane und meinem Großvater Fiete †

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2024/2025 von der Juristischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Dissertation angenommen. Die verwendete Kommentarliteratur wurde vor der Drucklegung noch einmal aktualisiert, die rechtspolitische Entwicklung des Themas wurde bis zur Einreichung der Dissertation im September 2024 berücksichtigt.

Zuvorderst gedankt sei meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Timo Fest, der über die Betreuung dieser Arbeit hinaus insgesamt meinen bisherigen juristischen Werdegang sehr geprägt hat. Bereits als studentische Hilfskraft an seinem Lehrstuhl und anschließend als Betreuer meiner Dissertation hat er mich stets seiner Unterstützung sicher sein lassen. Für die außerordentlich schnelle Erstellung des Zweitgutachtens sowie die hilfreichen Anmerkungen danke ich Herrn Professor Dr. Joachim Jickeli. Zudem danke ich den Herausgebern der Schriftenreihe „Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht“ herzlich für die Aufnahme des Werks.

Der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit danke ich für die ideelle wie finanzielle Unterstützung in Form eines Promotionsstipendiums, das mir im wahrsten Sinne des Wortes während meiner Promotionszeit die Freiheit gewährt hat, meinen Blick nach rechts und links von meinem Untersuchungsthema nicht nur nicht zu verlieren, sondern sogar erweitern zu können.

Für das Korrekturlesen dieser Arbeit zu Dank verpflichtet bin ich Julia Tiedemann, Anna-Lena Kersten sowie Bo Frederik Reimer. Ich schätze mich glücklich, so gute und noch dazu scharfsinnige Freunde zu haben. Zudem ist besonderer Dank meinem Stiefvater Momme Goßing geschuldet. Von meiner ersten Hausarbeit im Rahmen der Anfängerübung bis zu dieser Dissertationsschrift hat er sämtliche meiner Arbeiten korrigiert und darüber hinaus durch seine Unterstützung zu ihrem Gelingen beigetragen. Gleichermaßen gilt für meine Schwester Anna Marie Lehmann, der ich neben der Korrektur dieser Arbeit jedoch vor allem für ihr unerschütterliches Vertrauen in mich danke, das mich in jeder Lebenslage bestärkt. Meinem Lebenspartner Max Mordhorst habe ich für vieles zu danken, vor allem aber dafür, dass er mir während sämtlicher Phasen der Dissertationszeit mein Ruhepol war und es auch sonst im Leben ist.

Daneben haben mich zahlreiche weitere Personen auf unterschiedliche Weise bei der Anfertigung dieser Arbeit unterstützt, wovon ich nicht alle hier aufzählen kann. Diejenigen wissen aber, dass sie gemeint und nicht weniger geschätzt sind.

Abschließend gilt mein Dank meiner Mutter Christiane Goßing sowie meinem Großvater Fiete Möhl, der nur einen Teil des Arbeitsprozesses miterleben konnte, dem die Fertigstellung dieser Arbeit jedoch eine besondere Freude gewesen wäre. Ohne die beiden wäre so vieles in meinem Leben nicht möglich gewesen. Sie haben mir meine Ausbildung erst ermöglicht, sie gefördert und mich stets wissen lassen, wie viel Stolz sie ihnen bereitet. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Berlin, im Dezember 2024

Laura Sophie Lehmann

Inhaltsübersicht

Einleitung	33
A. Rechtspolitische Diskussion	33
I. Professorenentwurf	34
II. Politische Reformüberlegungen	35
III. Erforderlichkeit einer neuen Rechtsformvariante	37
IV. Regelungsauftrag des Gesetzgebers	47
B. Gegenstand der Untersuchung	48
I. Vermögensbindung	48
II. Besonderheit der Unabänderlichkeit	50
III. Eingrenzung auf das GmbH-Recht	54
C. Aufgabenstellung	54
I. Zulässigkeit unabänderlicher Satzungsbestimmungen <i>de lege lata</i> und <i>de lege ferenda</i>	55
II. Zulässigkeit unabänderlicher Satzungsbestimmungen in abstrakter und konkreter Gestalt	55
<i>Kapitel I</i>	
Zulässigkeit unabänderlicher Satzungsbestimmungen <i>de lege lata</i>	57
A. Diskussionsstand	57
B. Grundlage eines Rechts auf Erlass unabänderlicher Satzungsbestimmungen der Gesellschafter einer GmbH	58
I. Satzungsautonomie	59
II. Grundsatz der Verbandssouveränität	67
III. Mitgliedschaftsrechte	75
C. Ergebnisse	78

Kapitel 2

Zulässigkeit unabänderlicher Satzungsbestimmungen <i>de lege ferenda</i>	79
A. Bewegliche Schranken des einfachen Rechts	80
I. Selbstbestimmungsrecht selbst	81
II. Selbstbestimmungsrecht Dritter	104
III. Indisponible Grundsätze	116
IV. Zwischenergebnis	147
V. Ausblick	147
B. Rechtsfolgen der Vereinbarung einer unabänderlichen Satzungsbestimmung	149
I. Rechtsfolge in Bezug auf die Ewigkeitsklausel	150
II. Rechtsfolge in Bezug auf den Gesellschaftsvertrag im Übrigen	157
III. Schließung der Regelungslücke	158
IV. Zwischenergebnis	162
C. Schranken des GG	162
I. Anknüpfungspunkt der verfassungsrechtlichen Unzulässigkeit	163
II. Einführung einer gesetzlichen Grundlage durch den Gesetzgeber	170
III. Schutzpflicht des Gesetzgebers zu dem Erlass eines Verbots	195
IV. Überlegungen <i>de lege ferenda</i>	215
D. Ergebnisse	217

Kapitel 3

Reformperspektiven	218
A. Betrachtung des Reformvorschlags	218
I. Geltung der bisherigen Einwände	219
II. Zusätzliche Einwände	220
III. Gegenüberstellung der abstrakten und der konkreten Betrachtung	260
IV. Auswirkungen auf die Reformperspektiven	261
B. Eigener Reformvorschlag	262
I. Ziel	262
II. Gestaltungsansatz	263
III. Regelungsentwurf	266
IV. Ausnahmen von der unabänderlichen Bindung	267
V. Durchführung der Bindungsauflösung und Abwicklung	320
VI. Ausblick	323
C. Ergebnisse	324
I. Betrachtung des Reformvorschlags	324

II. Eigener Reformvorschlag	325
Ergebnisübersicht	327
Literaturverzeichnis	332
Verzeichnis der weiteren Quellen	377
Sachwortverzeichnis	380

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	33
A. Rechtspolitische Diskussion	33
I. Professorenentwurf	34
II. Politische Reformüberlegungen	35
III. Erforderlichkeit einer neuen Rechtsformvariante	37
1. Praktikabilität bisheriger Umsetzungsmodelle	37
a) Einzelstiftungsmodell	38
b) Doppelstiftungsmodell	38
c) Veto-Anteil-Modell	40
d) Defizite der bisherigen Umsetzungsmodelle	41
e) Stiftungsrechtsreform als Alternative	42
2. Nachfolgeregelungen in Familienunternehmen	44
3. Corporate Social Responsibility	45
4. Unternehmerische Motivation	46
IV. Regelungsauftrag des Gesetzgebers	47
B. Gegenstand der Untersuchung	48
I. Vermögensbindung	48
1. Reformvorschlag	48
2. Rechtslage <i>de lege lata</i>	49
II. Besonderheit der Unabänderlichkeit	50
1. Unterschiede gegenüber anderen Gestaltungen	50
2. Freiheitsparadoxon	51
a) Das Paradoxon	51
b) Auflösung des Paradoxons	53
III. Eingrenzung auf das GmbH-Recht	54
C. Aufgabenstellung	54
I. Zulässigkeit unabänderlicher Satzungsbestimmungen <i>de lege lata</i> und <i>de lege ferenda</i>	55
II. Zulässigkeit unabänderlicher Satzungsbestimmungen in abstrakter und konkreter Gestalt	55

Kapitel 1

Zulässigkeit unabänderlicher Satzungsbestimmungen <i>de lege lata</i>	57
A. Diskussionsstand	57
B. Grundlage eines Rechts auf Erlass unabänderlicher Satzungsbestimmungen der Gesellschafter einer GmbH	58
I. Satzungsautonomie	59
1. Gesetzliche Grundlage	59
2. Inhalt und Geltungsbereich	60
a) Geltungsbereich	60
b) Beschränkungen durch § 53 GmbHG	61
aa) Unabänderlichkeit als „anderes Erfordernis“	61
bb) Indisponible Grundsätze	63
(1) Zulässigkeit der Übertragung der Satzungsänderungskompetenz „auf niemanden“	64
(2) Grundsatz der Abänderbarkeit der Satzung	65
(a) Auslegung des § 53 Abs. 1 GmbHG	66
(b) Anpassungsbedarf unvollständiger Verträge	67
II. Grundsatz der Verbandssouveränität	67
1. Gesetzliche Grundlage	68
2. Inhalt und Geltungsbereich	69
a) Abgrenzung zu der Privatautonomie	71
aa) Charakteristik der Privatautonomie	71
bb) Charakteristik der Verbandssouveränität	73
cc) Abgrenzung	73
b) Einfachgesetzliche Konkretisierung	74
III. Mitgliedschaftsrechte	75
1. Gesellschaftsanteil	76
2. Mitgliedschaftsrechte	76
C. Ergebnisse	78

Kapitel 2

Zulässigkeit unabänderlicher Satzungsbestimmungen <i>de lege ferenda</i>	79
A. Bewegliche Schranken des einfachen Rechts	80
I. Selbstbestimmungsrecht selbst	81
1. Zustand fehlender Selbstbestimmung	82
a) Kompetenzübertragung auf Dritte	82
b) Aufgabe der Selbstbestimmung ohne Kompetenzübertragung	83

2. Selbstentmündigungsverbot	83
a) Vereinbarkeit mit § 138 Abs. 1 BGB	83
aa) Allgemeine Voraussetzungen	84
bb) Voraussetzungen eines Knebelungsvertrags	85
cc) Vorliegen der Voraussetzungen bei Ewigkeitsklauseln	86
(1) Unzumutbarkeit der Bindung	86
(2) Unterschied zu Konstellationen, in denen ein Abhängigkeitsverhältnis besteht	87
dd) Neue Fallgruppe	88
b) Grundsatz der Verbandssouveränität	89
c) Eigenständiges Selbstentmündigungsverbot	90
aa) Telos	90
(1) Schutz subjektiver Interessen	91
(2) Schutz objektiver Interessen	92
(a) Berücksichtigungsfähigkeit objektiver Interessen	92
(b) Auswirkungen der Bindung	94
(c) Sicherung der Funktionsvoraussetzungen des Gesellschaftsrechts	95
(d) Zusammenspiel von dem Schutz subjektiver und objektiver Interessen	96
bb) Historische Entwicklung des Gesellschaftsrechts	97
(1) Abkehr von dem Konzessionssystem und Hinwendung zur Eigenverantwortung	97
(2) Wechselwirkung zwischen privater und staatlicher Einflussnahme	98
cc) Vergleich mit ähnlichen Gestaltungen	99
(1) Stiftung	99
(2) Kompetenzübertragung auf Dritte	100
dd) Erfordernis eines Trägers der Entscheidungskompetenz	101
d) Reichweite des Verbots	102
aa) Qualitative oder quantitative Grenze	102
bb) Generelle Unzulässigkeit der Selbstentmündigung	103
3. Vorrang des Selbstbestimmungsrechts vor der Vertragsfreiheit	103
II. Selbstbestimmungsrecht Dritter	104
1. Selbstbestimmungsrecht der nachfolgenden Gesellschafter	106
a) Differenzierung zwischen Gründungsgesellschaftern und nachfolgenden Gesellschaftern	106
aa) Differenzierungsverbot oder Verband als <i>status quo</i>	106
bb) Differenzierung im Einzelfall	107
b) Eingriff in die Mitgliedschaftsrechte	108
aa) Unzulässige Verkürzung der Gestaltungsrechte	108
bb) Besondere Schutzbedürftigkeit	109

c) Vertrag zulasten Dritter	110
2. Systemkonformität generationenübergreifender Bindungen	111
a) Fideikommissverbot	111
b) Erscheinungsformen im geltenden Recht	113
aa) Gesellschaftsrecht	113
bb) Erbrecht	114
cc) Allgemeines Zivilrecht	115
III. Indisponibile Grundsätze	116
1. Konstitutive Merkmale der Gesellschafterstellung	116
a) Einschränkung des Stimmrechts	116
b) Abdingbarkeit des Stimmrechts	117
c) Zulässigkeit stimmrechtsloser Anteile	117
2. Wesen der GmbH	119
a) Bestimmung des Wesens	120
aa) Besonderheiten der GmbH	121
bb) Auslegung des § 241 Nr. 3 Var. 1 AktG analog	121
cc) Widerspruch zu Ewigkeitsklauseln	122
b) Kritik an der Argumentationsfigur	123
3. Numerus clausus der Rechtsformen und Typenlehre	124
a) Abgrenzung und Zusammenwirken	124
b) Strukturverfremdung der GmbH durch die Vereinbarung von Ewigkeits- klauseln	125
4. Rechtsgeschäftliches Verfügungsverbot (§ 137 BGB)	127
a) Tatbestand	127
aa) Beschränkung der Verfügungsbefugnis	127
bb) Entsprechende Anwendung auf Verwaltungsrechte	128
b) <i>Ratio legis</i>	129
aa) Rechtsordnende Funktion	129
bb) Schutz der persönlichen Freiheitssphäre	130
c) Auswirkungen auf die Durchsetzbarkeit von Ewigkeitsklauseln	132
d) Geltungskraft der normativen Wertungen	133
5. Allgemeines Vertragsprinzip und Grundsätze der Rechtsgeschäftslehre	133
a) Inhalt	133
b) Grundlagen vertraglicher Bindung	134
c) Vertragsbeendigungsfreiheit	135
d) Übertragbarkeit des Vertragsprinzips und der Rechtsgeschäftslehre auf das GmbH-Recht	137
aa) Allgemeine Übertragbarkeit	138
(1) Gesellschaftsverträge als objektives Recht	138
(2) Differenzierung nach Zeitpunkten	138

(3) Mischvertrag	139
bb) Übertragbarkeit der Vertragsbeendigungsfreiheit im Besonderen	140
cc) Abweichende Wertungen	141
(1) Grundsatz der Verbandssovereinheit	141
(2) Kündigungsrecht	142
dd) <i>Venire contra factum proprium</i>	143
6. Treu und Glauben (§ 242 BGB)	145
a) Rechtsprechung	145
b) Tatbestand	145
IV. Zwischenergebnis	147
1. Vereinbarkeit unabänderlicher Satzungsbestimmungen mit einer Vielzahl von Grundsätzen des einfachen Rechts	147
2. Unzulässigkeit unabänderlicher Satzungsbestimmungen	147
V. Ausblick	147
1. Auswirkungen der Unzulässigkeit von Ewigkeitsklauseln auf andere Konstellationen	147
2. Auswirkungen der Unzulässigkeit von Ewigkeitsklauseln <i>de lege ferenda</i>	148
a) Rechtsgefühl der Widersprüche	148
b) Systemwidrigkeit unabänderlicher Satzungsbestimmungen	148
B. Rechtsfolgen der Vereinbarung einer unabänderlichen Satzungsbestimmung	149
I. Rechtsfolge in Bezug auf die Ewigkeitsklausel	150
1. Vereinbarung der Ewigkeitsklausel bei ursprünglichem Abschluss des Gesellschaftsvertrags	150
a) Rechtsfolge	150
b) Rechtsgrundlage	151
2. Nachträgliche Einführung der Ewigkeitsklausel durch Satzungsänderung	152
a) Rechtsgrundlage	152
b) Verletzung von im öffentlichen Interesse liegenden Vorschriften	154
3. Heilung	155
a) Grundsatz der Heilung	155
b) Teleologische Reduktion	155
II. Rechtsfolge in Bezug auf den Gesellschaftsvertrag im Übrigen	157
III. Schließung der Regelungslücke	158
1. Dogmatische Grundlage	158
2. Inhalt	159
a) Zeitweise Unabänderlichkeit	160
b) Ausgestaltung	160
aa) Bindungsdauer	160
bb) Möglichkeit zu der Aufhebung der Bindung aus wichtigem Grund	161
IV. Zwischenergebnis	162

C. Schranken des GG	162
I. Anknüpfungspunkt der verfassungsrechtlichen Unzulässigkeit	163
1. Vereinbarkeit der Einführung einer gesetzlichen Grundlage mit dem GG	163
2. Schutzpflicht des Gesetzgebers	164
3. Vereinbarkeit der gesellschaftsrechtlichen Vereinbarung mit dem GG	164
4. Gegenüberstellung der Anknüpfungspunkte	166
a) Einführung einer Grundlage und staatlicher Schutz	166
b) Schutzpflichtenlehre und mittelbare Drittewirkung	166
aa) Unterschiede	166
bb) Gemeinsamkeiten	167
c) Ergebnisrelevanz der Anknüpfungspunkte	169
II. Einführung einer gesetzlichen Grundlage durch den Gesetzgeber	170
1. Privatautonomie der Gesellschafter	171
a) Verfassungsrechtliche Grundlage	171
aa) Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	172
bb) Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG) oder Vereinigungs- freiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	172
cc) Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	173
b) Schutzbereich	175
c) Eingriff	176
aa) Normgeprägtheit der Vereinigungsfreiheit	176
bb) Eingriff oder Ausgestaltung	177
cc) Grenzen der Ausgestaltungsbefugnis	178
(1) Grenzen	178
(2) Einhaltung der Grenzen	179
2. Eigentumsfreiheit (Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 GG)	180
a) Schutzbereich	180
aa) Rechtsprechung des BVerfG zum Aktienrecht	181
bb) Übertragbarkeit auf das GmbH-Recht	182
b) Eingriff	184
aa) Normgeprägtheit der Eigentumsfreiheit	184
bb) Ausgestaltung des Anteilseigentums	185
cc) Eingriff oder Ausgestaltung	186
dd) Grenzen der Ausgestaltungsbefugnis	187
3. Erbrecht (Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 GG)	189
4. Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	190
5. Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	191
a) Schutzbereich	191
b) Eingriff	192

6. Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	193
a) Ungleiche Behandlung von Rechtsformen	193
b) Ungleiche Behandlung von Gesellschaftergruppen	194
7. Eingriffslose Grundrechtsberührung	195
III. Schutzpflicht des Gesetzgebers zu dem Erlass eines Verbots	195
1. Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	197
a) Gefährdung des freien Vereinigungswesens	197
b) Gefährdung der Privatautonomie der Gesellschafter	198
aa) Erforderlichkeit staatlichen Schutzes	198
(1) Fehlende Privatautonomie der Gesellschafter	199
(2) Schutz der Gesellschafter vor sich selbst	200
(a) Abgrenzung von Fällen mangelnder Selbstbestimmung	201
(b) Gleichstellung von Selbst- und Fremdgefährdung	202
(c) Unzulässigkeit aufgrund des staatlichen Gewaltmonopols	202
(d) Unzulässigkeit des Grundrechtsschutzes vor sich selbst zu dem Schutz mündiger Rechtsteilnehmer	203
(3) Schutz der Funktionsfähigkeit der Vertragsordnung im GmbH-Recht	204
(a) Berücksichtigungsfähigkeit eines abstrakten Schutzzwecks	204
(b) Gefährdung der Vertragsordnung	205
bb) Implementierung eines hinreichenden Schutzes	205
(1) Maßstab	205
(2) <i>Status quo</i>	206
(a) Verfahrensrechtliche Regelungen	206
(b) Sonstige Schutzinstrumente	207
2. Eigentumsfreiheit (Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 GG)	208
a) Beschränkungen durch Leitungsorgane und Mitgesellschafter	208
b) Gefährdung der gesellschaftsrechtlichen Flexibilität	209
c) Gefährdung der nachfolgenden Gesellschafter	210
d) Gefährdung der vollständigen Verantwortung für das Eigentum	210
aa) Auseinanderfallen von Eigentum und Verantwortung	210
bb) Gefährdung	211
3. Erbrecht (Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 GG)	212
4. Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	213
5. Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	214
6. Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	214
IV. Überlegungen <i>de lege ferenda</i>	215
1. Gebot zu einem gesetzgeberischen Tätigwerden	215
2. Verhältnis der einfachgesetzlichen zu den verfassungsrechtlichen Zulässigkeitsgrenzen	216
D. Ergebnisse	217

*Kapitel 3***Reformperspektiven** 218

A. Betrachtung des Reformvorschlags	218
I. Geltung der bisherigen Einwände	219
1. Fehlende Rechtsgrundlage	219
2. Bewegliche Schranken des einfachen Rechts	219
3. Schranken des GG	220
II. Zusätzliche Einwände	220
1. Bewegliche Schranken des einfachen Rechts	221
a) Teilhabe an dem Gewinn und dem Liquidationserlös als typisierende Merkmale der Gesellschafterstellung	221
aa) Bedeutung der Rechte	221
bb) Hinreichendes Gewicht sonstiger Rechte	223
b) Sittenwidrige Gläubigerbenachteiligung (§ 138 Abs. 1 BGB)	223
c) Einschränkung des Austrittsrechts	224
aa) Abfindungsanspruch	225
bb) Unzulässige Verkürzung der Austrittsfreiheit	226
cc) Widerspruch zu der Unternehmensausrichtung	227
2. Schranken des GG	228
a) Negative Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	228
b) Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	229
c) Eigentumsfreiheit (Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 GG)	230
aa) Individualschützende Sphäre	230
(1) Wirtschaftliches Interesse an Gewinnbeteiligung	230
(2) Deinvestitions- und Dispositionsfreiheit	231
(a) Schutz im Aktienrecht	231
(b) Übertragbarkeit auf das GmbH-Recht	232
(c) Eingriff	234
bb) Institutsgarantie	235
(1) Typisierende Merkmale des Eigentums	235
(2) Zusätzliche Nutzungsart des Anteilseigentums	236
3. Umwandlungsrecht	236
a) Schranken des nationalen Rechts	237
aa) Umwandlungsrecht	237
bb) Verfassungsrecht	238
b) Schranken des Unionsrechts	238
aa) Normenhierarchie im Unionsrecht	239

bb) Sekundärrecht	239
(1) Ausgestaltung als Rechtsformvariante der GmbH	240
(a) Anwendbarkeit der GesR-RL	240
(b) Gesellschaft mit unabänderlicher Vermögensbindung als Rechtsformvariante der GmbH	241
(c) Vereinbarkeit mit der GesR-RL	242
(2) Ausgestaltung als eigenständige Rechtsform	243
(a) Anwendbarkeit der GesR-RL	243
(b) Abgrenzung von dem System der Kapitalgesellschaften	244
cc) Primärrecht	245
(1) Unzulässige Beschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 Abs. 1 AEUV)	245
(2) Unzulässige Beschränkung der Niederlassungsfreiheit (Art. 49, Art. 54 AEUV)	246
(a) Diskriminierungs- oder Beschränkungsverbot	246
(b) Beschränkung des Anwendungsbereichs auf ausländische we-sensverwandte Rechtsformen	248
(3) Rechtfertigung	249
(a) Schutz des Vertrauens der Stakeholder	250
(b) Stabilität des Finanzsystems	252
(c) Schutz vor Missbrauch	253
(d) Förderung nachhaltigen Unternehmertums als Rechtfertigungs-grund	254
(e) Förderung nachhaltigen Unternehmertums durch die Einführung einer Gesellschaft mit Vermögensbindung	255
dd) Folgen für den Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers	257
(1) Folgen des Sekundärrechts	257
(2) Folgen des Primärrechts	258
(a) Zweckbindung der Gesellschaft	258
(b) Ausnahmen von dem Umwandlungsverbot	259
(3) Widerspruch zu dem Ziel der Verwirklichung des Binnenmarkts	260
III. Gegenüberstellung der abstrakten und der konkreten Betrachtung	260
1. Grenzen des einfachen Rechts und des Verfassungsrechts	260
2. Grenzen des Umwandlungsrechts	261
IV. Auswirkungen auf die Reformperspektiven	261
B. Eigener Reformvorschlag	262
I. Ziel	262
II. Gestaltungsansatz	263
1. Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts <i>de lege lata</i>	263
2. Anpassung des Rechts	264
III. Regelungsentwurf	266

IV. Ausnahmen von der unabänderlichen Bindung	267
1. Erste Gruppe: Tatbestände, die sich gegen die ewige Bindungsdauer als solche richten	268
a) Kein einstimmiger bestätigender Beschluss der Bindung nach 30 Jahren (Abs. 1 Nr. 1 AusnG-E)	268
aa) Überprüfungsrecht	268
bb) Bindungsgrenze von 30 Jahren	269
(1) Ausgleich zwischen rechtlicher Flexibilität und Beständigkeit	269
(2) Unzulässigkeit einer längeren Bindung	270
b) Zeitablauf (Abs. 1 Nr. 2 AusnG-E)	271
2. Zweite Gruppe: Tatbestände, die unmittelbar auf die Selbstbestimmung zurückgehen	272
a) Einstimmiger Gesellschafterbeschluss und Zustimmung der Stakeholder (Abs. 2 Nr. 1 AusnG-E)	272
aa) Einstimmiger Gesellschafterbeschluss	272
bb) Zustimmung der Stakeholder	273
(1) Verfahren zu der Einbindung der Stakeholder in die Entscheidung	274
(a) Übernahme der Verfahrensschritte des Kapitalherabsetzungsverfahrens (§ 58 GmbHG)	275
(b) Errichtung eines an die Regelungen der InsO angelehnten Gläubigerausschusses	276
(2) Vor- und Nachteile des Kapitalherabsetzungsverfahrens und des Gläubigerausschusses	277
(a) Intensität der Einbindung	277
(b) Aufwand	278
(c) Telos und Systematik	279
(3) Anpassungsbedarf der in § 58 Abs. 1 GmbHG vorgesehenen Verfahrensschritte	279
(a) Gesellschafterbeschluss	280
(b) Mitteilungsverfahren	280
(c) Quorum	281
(d) Kompensation	281
(e) Sperrfrist	282
(4) Zwischenergebnis	282
b) Einstimmiger Gesellschafterbeschluss und Kompensation der Stakeholder (Abs. 2 Nr. 2 AusnG-E)	283
aa) Einstimmiger Gesellschafterbeschluss	283
bb) Kompensation der Stakeholder	283
(1) Verfahren	284
(2) Gruppe der Anspruchsberechtigten	285
(a) Erheblichkeitsschwelle	285

(b) Zeitliche Begrenzung	285
(3) Anspruchsinhalt	286
(a) Erste Stufe: Vertragsanpassung	288
(b) Zweite Stufe: Vertragsauflösung	288
(c) Dritte Stufe: Finanzialer Ausgleich	288
(d) Verfahren zu der Festlegung der Anspruchshöhe	289
(e) Objektivierung der Vertrauseinbuße durch die Errichtung eines Tabellenwerks	289
(f) Anspruchshöhe	290
(g) Möglichkeit zu der Abweichung bei unbilliger Härte	291
c) Gesellschafterbeschluss mit Dreiviertelmehrheit und Zustimmung oder Kompensation der Stakeholder sowie angemessenes Abfindungsangebot an die nicht zustimmenden Gesellschafter (Abs. 2 Nr. 3 AusnG-E)	291
aa) Gesellschafterbeschluss mit Dreiviertelmehrheit	292
bb) Zustimmung oder Kompensation der Stakeholder	292
cc) Angemessenes Abfindungsangebot an die nicht zustimmenden Gesellschafter	292
(1) Entsprechende Anwendung der §§ 29 ff. UmwG	293
(2) Tatbestand	293
d) Umsetzungsaufwand	294
3. Dritte Gruppe: Tatbestände, bei denen eine Strukturänderung die Auflösung der Bindung mittelbar erforderlich werden lässt	295
a) Grundlegende Änderung des Gesellschaftszwecks (Abs. 2 Nr. 4 AusnG-E)	295
aa) Bedeutung des Gesellschaftszwecks	296
bb) Tatbestand	297
cc) Auswirkungen eines Verstoßes gegen den <i>corporate purpose</i>	298
b) Grenzüberschreitende Umwandlung (Abs. 2 Nr. 5 AusnG-E)	299
aa) Auflösungsverfahren nach einem Tatbestand der zweiten Gruppe	300
bb) Notwendigkeit der Auflösung der Bindung	300
cc) Umwandlung in eine entsprechende oder vergleichbare ausländische Rechtsform (Abs. 2 Nr. 6 AusnG-E)	301
(1) Vermögensbindung	302
(2) Bestandskraft der Bindung	303
(3) Kapitalgesellschaft	303
(4) Ausrichtung des Unternehmens	304
(5) Auswirkungen auf die Umwandlungsmöglichkeiten	305
4. Vierte Gruppe: Tatbestände, bei denen die Aufrechterhaltung der Bindung unmöglich ist	305
a) Eröffnungsgrund i. S. d. InsO und Sanierungsmöglichkeit (Abs. 2 Nr. 7 AusnG-E)	306
aa) Tatbestand	306

bb) Rechtsfolgen	307
b) Erhebliche wirtschaftliche Krisensituation (Abs. 2 Nr. 8 AusnG-E)	308
aa) Tatbestand	308
(1) Krisenbegriff	309
(2) Krisenstufen	310
bb) Verhältnis zu dem einen Eröffnungsgrund voraussetzenden Tatbestand	311
cc) Rechtsfolgen	312
c) Gefährdung des Gemeinwohls (Abs. 1 Nr. 3 AusnG-E)	312
aa) Tatbestand	313
bb) Rechtsfolgen und Verfahren	314
d) Mangel des Gesellschaftsvertrags (Abs. 1 Nr. 4 AusnG-E)	315
aa) Tatbestand	315
bb) Rechtsfolgen und Verfahren	316
e) Störung der Geschäftsgrundlage der Vermögensbindung (Abs. 2 Nr. 9 AusnG-E)	316
aa) Tatbestand	316
(1) Merkmale	317
(2) Anwendungsfälle	318
bb) Rechtsfolgen und Verfahren	319
5. Angemessener Ausgleich verschiedener Interessenlagen	319
V. Durchführung der Bindungsaflösung und Abwicklung	320
1. Verknüpfung von Auflösungsverfahren und <i>Governance</i> -Struktur	320
2. Mindestvoraussetzungen	320
a) Berichtspflichten	321
b) Kontrollgremium	321
3. Abwicklung	322
VI. Ausblick	323
1. Auswirkungen <i>de lege ferenda</i>	323
2. Übertragbarkeit der Tatbestände auf andere Gestaltungen	323
C. Ergebnisse	324
I. Betrachtung des Reformvorschlags	324
II. Eigener Reformvorschlag	325
Ergebnisübersicht	327
Literaturverzeichnis	332
Verzeichnis der weiteren Quellen	377
Sachwortverzeichnis	380

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz/Absätze
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ACQ	Audit Committee Quarterly (Zeitschrift)
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft; Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingung(en)
AktG	Aktiengesetz
AL	Ad Legendum
Alt.	Alternative
a. M.	am Main
AnfG	Anfechtungsgesetz
Anh.	Anhang
Anlagenbd.	Anlagenband
Anm.	Anmerkung
AnwZert HaGesR	AnwaltZertifikatOnline Handels- und Gesellschaftsrecht
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ArchBürgR	Archiv für Bürgerliches Recht
ARSP	Archiv für die Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AusnG-E	Entwurf eines Gesetzes für die von der unabänderlichen Vermögensbindung notwendigen Ausnahmen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Der Betriebs-Berater
BBP	Betriebswirtschaft im Blickpunkt
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter; Bearbeitung
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer(in/hen); Begründung
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof(s)
BGHZ	Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMF	Bundesministerium(s) der Finanzen
BOARD	Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht(s)
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Sammlung der Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CCiv	Code Civil
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
CSR	Corporate Social Responsibility
CSR-RL	Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DJT	Deutscher Juristentag
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRG	Danmarks Riges Grundlov (Grundgesetz des Reichs Dänemark)
DS	Die Sachverständigen (Zeitschrift)
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DuD	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschrift)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
E	Entwurf
ECFR	European Company and Financial Law Review
ECLI	European Case Law Identifier
Econometrica	Journal Of The Econometric Society
ed.	Editor
EFL	Bekendtgørelse af lov om erhvervsdrivende fonde, (LBK) Nr. 547 (Dänemark, Gesetz über gewerbetreibende Stiftungen)
eG	eingetragene Genossenschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
Einl.	Einleitung
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis
ErbStB	Erbschaft-Steuerberater (Zeitschrift)

Erg.-Lfg.	Ergänzungslieferung
ErwGr	Erwägungsgründe
ESGZ	Fachzeitschrift für Nachhaltigkeit und Recht
EU	Europäische(n) Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUR	Euro
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e. V.	eingetragener Verein
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f./ff.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FDP	Freie Demokratische Partei
FFL	Bekendtgørelse af lov om fonde og visse foreninger, (LBK) Nr. 698 (Dänemark, Gesetz über Stiftungen und gewisse Vereine)
FG	Festgabe
FideiAuflAufhG	Gesetz zur Aufhebung von Fideikommiss-Auflösungsrecht
FJLP	French journal of legal Policy
Fn.	Fußnote
Fort.	Fortführer
FR	Finanz-Rundschau
FS	Festschrift
FuS	Familienunternehmen und Stiftungen (Zeitschrift)
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
Gesamthrsg.	Gesamtherausgeber
GesR-RL	Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GmbH & Co. KGaA	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft auf Aktien
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbH-gebV	Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit gebundenem Vermögen
GmbH-gebVG-E	Entwurf eines Gesetzes für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit gebundenem Vermögen
GmbHR	GmbH-Rundschau
GmbH-StB	GmbH-Steuerberater
GmgV	Gesellschaft mit gebundenem Vermögen
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GrStG	Grundsteuergesetz
GS	Gedächtnisschrift

GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber(in/nen)
Hs.	Halbsatz
HwO	Handwerksordnung
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
IfM Bonn	Institut für Mittelstandsforschung Bonn
Ifo	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
InsO	Insolvenzordnung
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i. S. d.	im Sinne der/des
IStr	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
IWW Institut	Institut für Wissen in der Wirtschaft
JA	Juristische Arbeitsblätter
JEP	Journal of Economic Perspectives
JherJb	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts
JöR n. F.	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Neue Folge
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristen-Zeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht; Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KlimaRZ	Zeitschrift für materielles und prozessuales Klimarecht
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KStG	Körperschaftsteuergesetz
Leg.	Legislaturperiode
LG	Landgericht
Ls.	Leitsatz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MgFSG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei grenzüberschreitendem Formwechsel und grenzüberschreitender Spaltung
MgVG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
MoPeG	Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts
Mot.	Motive
Mrd.	Milliarden
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NachhBG	Nachhaftungsbegrenzungsgesetz

NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
NPLY	Non Profit Law Yearbook
NPO	Non-Profit-Organisation
npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
ÖBA	BankArchiv
Offenlegungs-VO	Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
öPSG	Privatstiftungsgesetz (Österreich)
Oxf. Rev. Econ. Pol.	Oxford Review of Economic Policy
PrALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
Prot.	Protokolle
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RegE	Regierungsentwurf(s)
RFamU	Recht der Familienunternehmen (Zeitschrift)
RG	Reichsgericht
RGBI.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
RW	Rechtswissenschaft – Zeitschrift für wissenschaftliche Forschung
S.	Seite
S&S	Stiftung&Sponsoring (Zeitschrift)
SchuModG	Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts
SE	Societas Europaea
Sess.	Sitzung
SE-VO	Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE)
sog.	sogenannt(e/en/es)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SpuRt	Zeitschrift für Sport und Recht

StaRUG	Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen
StB	Der Steuerberater (Zeitschrift)
StGB	Strafgesetzbuch
StuW	Steuer und Wirtschaft
Taxonomie-VO	Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UG	Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt)
UmRUG	Gesetz zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie
UmwG	Umwandlungsgesetz
Umw-RL	Richtlinie (EU) 2019/2121 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen
Urt.	Urteil
UStG	Umsatzsteuergesetz
v.	vom
Var.	Variante
VE-GmbH	GmbH in Verantwortungseigentum
VereinsG	Vereinsgesetz
Verf.	Verfasser
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
Vol.	Volume
Vor	Vorbemerkung(en)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z. B.	zum Beispiel
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZPO	Zivilprozessordnung

ZRG GA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte: Germanistische Abteilung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStV	Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

Einleitung

A. Rechtspolitische Diskussion

Immer wieder wurden in der Vergangenheit in Politik, Wissenschaft und Praxis Debatten darüber geführt, ob es neuer Rechtsformen oder Rechtsformvarianten bedarf. Die daraus entstandenen Resultate sind im Anschluss teilweise verworfen, teilweise in der Rechtsordnung etabliert worden, wie z.B. in dem Fall der UG.¹ Die Debatte ist seit einiger Zeit neu entfacht und an das Bedürfnis geknüpft, nachhaltiges Unternehmertum zu vereinfachen. Im Oktober 2020 riefen mehr als 600 Unternehmer die zu dem Zeitpunkt regierungstragende Große Koalition dazu auf, ein Gesetz für eine Rechtsform auf den Weg zu bringen, die ihrem Bedürfnis Rechnung trägt und eine Grundlage für das sog. Verantwortungseigentum schafft.² Dahinter verbirgt sich eine besondere Unternehmensform, in der die Gesellschafter wie Treuhänder wirtschaften. Anstelle des *Shareholder-value*-Gedankens, wonach alle unternehmerischen Maßnahmen den Unternehmenswert steigern sollen,³ stellen die Gesellschafter den sog. *corporate purpose* in den Vordergrund, also einen „höheren Sinn“, für dessen Realisierung Gewinne nur das Mittel zum Zweck sind.⁴ Wesentlich ist dabei das Prinzip der Selbstständigkeit. Die Stimmrechte und damit das „Steuerrad des Unternehmens“⁵ verbleiben über Generationen hinweg bei Personen, die dieselben Wertvorstellungen teilen. Es erfolgt keine automatische Vererbung oder ein gewinnorientierter Verkauf der Unternehmensanteile. Dadurch soll das Unternehmen der Unternehmensidee dienen können.⁶ Das rechtliche „Charakteristikum

¹ Zu Rechtsformneuschöpfungen und -variationen *Fleischer*, JZ 2024, 53, 60 ff.; *ders.*, NZG 2022, 49; *ders.*, NZG 2014, 1081 (1088 f.).

² Mittlerweile sind es mehr als 2.000 Unterzeichner, darunter ungefähr 1.200 Unternehmer, <https://www.neue-rechtsform.de/>.

³ Geht zurück auf *Rappaport*, Shareholder Value (1986); siehe auch *Mittwoch*, Nachhaltigkeitsrecht, 57 (67); *Müllert*, ZGR 1997, 129 (131 ff.); *Pape*, BB 2000, 711. Nach *Sanders*, ECFR 2023, 622 (630) stellt Verantwortungseigentum das genaue Gegenteil des *Shareholder-value*-Gedankens dar.

⁴ *Fleischer*, ZIP 2021, 5 (11 f.); *MüKo-GmbHG/ders.*, § 1 Rn. 17; *Kattein*, GmbH mit gebundenem Vermögen, S. 138 f.; *Neitzel*, KJ 2022, 479 (488); *Purpose Stiftung*, Verantwortungseigentum, S. 5 ff.; *Reiff*, Nachhaltigkeitsrecht, 207 (210 f.); *ders.*, Verantwortungseigentum, S. 8 f.; *Sanders/Neitzel/Berenbrinker*, AL 2024, 102 (103, 105 f.).

⁵ *Purpose Stiftung*, Verantwortungseigentum, S. 7; *Sanders/Neitzel/Berenbrinker*, AL 2024, 102.

⁶ *Bruce/Jeromin*, Corporate Purpose, S. 162, 164; *Reiff*, Verantwortungseigentum, S. 5 f.; *ders.*, ZIP 2020, 1750 (1751); *Sanders*, ZRP 2020, 140 (141).

der Idee⁷ ist, dass die Gesellschafter zu der Sicherung der auferlegten Grundsätze eine Vermögensbindung herstellen, welche Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter ausschließt. Bereits jetzt setzen in Deutschland über 200 Unternehmen, welche insgesamt im Jahr rund EUR 270 Mrd. Umsatz erwirtschaften, die Grundsätze des Verantwortungseigentums um. Dabei handelt es sich sowohl um traditionelle Familienunternehmen wie die *Carl-Zeiss-Stiftung* oder die *Robert Bosch GmbH* als auch um Start-ups wie den Kondomhersteller *einhorn products GmbH* oder die Suchmaschine *Ecosia GmbH*.⁸ *De lege lata* existiert für die Umsetzung der Unternehmensform keine eigene Rechtsform oder Rechtsformvariante, weshalb die Unternehmen in Verantwortungseigentum Stiftungskonstruktionen verwenden, um die Vermögensbindung herzustellen.⁹ Der Vorwurf gegenüber den Konstruktionen lautet, dass sie zu bürokratisch, unflexibel und kostenintensiv seien und sie dem unternehmerischen Bedürfnis deshalb nicht ausreichend Rechnung trügen.¹⁰

I. Professorenentwurf

Um dem Anliegen der Einführung einer neuen Rechtsform oder -variante eine Stimme zu verleihen und in Politik und Wirtschaft für die Idee zu werben, haben zahlreiche Unternehmer¹¹ am 25. 11. 2019 die *Stiftung Verantwortungseigentum e. V.* gegründet.¹² Anhänger konnte sie in einer Gruppe von Juristen finden,¹³ die in Zu-

⁷ *Mittwoch*, Nachhaltigkeit, S. 256; *Sanders*, NZG 2021, 1573 (1575); *dies.*, ErbR 2022, 1063; ähnlich *Arnold/Burgard/Roth/Weitemeyer*, ifo Schnelldienst 2020 (67), 73.

⁸ So die Angaben in der Pressemappe der *Stiftung Verantwortungseigentum*, S. 21, abrufbar unter: https://stiftung-verantwortungseigentum.de/fileadmin/user_upload/sve_presskit_3_00621.pdf; siehe auch *Sanders*, ZRP 2020, 140; *Sharaf*, NZG 2024, 144 (145 ff.).

⁹ Zu Einzelheiten nachstehend Einl. A. III. 1.

¹⁰ *Brand/Franke*, SpuRt 2023, 196 (199); *Franke*, Verantwortungseigentum, S. 71, 76; *Möslein/Sanders*, FJLP 2023, 51 (64); *Reiff*, Verantwortungseigentum, S. 129; *Sanders/Dauner-Lieb/Kempny/Möslein/Veil*, GmbHR 2020, R228; *Sanders/Neitzel/Berenbrinker*, AL 2024, 102 (107); *T. Wagner*, S&S 2022, 32 (33); ähnlich *Riehmer*, Körperschaften, S. 143; a. A. *Kattein*, GmbH mit gebundenem Vermögen, S. 110 f., 117 f.; *Kirchdörfer/Kögel*, Maß- und Gradfragen im Wirtschaftsrecht, 181 (191 ff.); *E. Müller*, ZStV 2021, 167 (168); *Weitemeyer*, S&S 2022, 34 (35); differenzierend *Grunewald*, ZGR 2022, 627 (662); *dies./Hennrichs*, NZG 2020, 1201 (1203) weisen darauf hin, dass es an einem Beleg für die Behauptung fehlt und die steigende Zahl von Stiftungen in Deutschland das Gegenteil vermuten lässt; nach *Vetter/Lauterbach*, FS Grunewald, 1199 (1219) sei der Wunsch nach einer einfachen und kostengünstigen Option zwar verständlich, rechtfertige aber keine gesetzliche Regelung; in diese Richtung auch *Preis*, Systemkonforme Ausgestaltung, S. 22.

¹¹ Die Gründungsmitglieder sind einsehbar unter: <https://stiftung-verantwortungseigentum.de/unternehmen-netzwerk>.

¹² Pressemitteilung der *Stiftung Verantwortungseigentum*, abrufbar unter: https://stiftung-verantwortungseigentum.de/fileadmin/user_upload/pressemitteilung_stiftung_verantwortungseigentum.pdf; siehe auch *Maciejewski/Plate-Godeffroy*, npoR 2020, 36 (40).

¹³ Dabei handelt es sich um die Professoren Anne Sanders, Barbara Dauner-Lieb, Simon Kempny, Florian Möslein und Rüdiger Veil sowie den Rechtsanwalt Arne von Freeden.

sammenarbeit mit der Stiftung im Juni 2020 einen Gesetzentwurf für eine „Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Verantwortungseigentum“¹⁴ vorlegte. Aufgrund zahlreicher kritischer Stimmen in der Literatur – vor allem in Bezug auf die angedachte Namensgebung, die unberechtigterweise suggeriere, dass die Form des Unternehmertums verantwortungsvoller als herkömmliche sei¹⁵ – veröffentlichte dieselbe Gruppe kurze Zeit später im Februar 2021 eine zweite Version, namentlich den „Entwurf eines Gesetzes für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit gebundenem Vermögen“¹⁶. Mangels eines zu dem jetzigen Zeitpunkt veröffentlichten Entwurfs vonseiten des Gesetzgebers stellt dieser Entwurf die Grundlage der in Literatur und Praxis geführten Debatten über eine neue Rechtsgestaltung dar. Systematisch sieht er vor, die Gestaltung als Rechtsformvariante in einem neuen Abschnitt 6 in das GmbHG zu implementieren. Eine schlanke Lösung innerhalb des GmbH-Rechts sei von Vorteil, um zu der Lösung vieler allgemeiner Fragestellungen auf erprobte Instrumente und die dazu entwickelte Rechtsprechung zu rekurren.¹⁷ Zuletzt kamen zwar vermehrt Überlegungen auf, von dieser Systematik abzuweichen und stattdessen eine gänzlich neue Rechtsform zu schaffen.¹⁸ Selbst die Initiatoren der Idee scheinen von dem ursprünglichen Konzept abzurücken, wie ein im März 2023 veröffentlichtes Eckpunktepapier zeigt, in dem sie abstrakt auf eine Gesellschaft mit gebundenem Vermögen (GmgV) verweisen und Bezüge zu dem GmbH-Recht aussparen.¹⁹ Die Diskussion hat aufgrund des Entwurfs aber insgesamt einen engen Bezug zu dem GmbH-Recht.

II. Politische Reformüberlegungen

Neben Wissenschaft und Praxis hat die Debatte über eine Rechtsgrundlage für Verantwortungseigentum auch in der Politik Beachtung gefunden. Zahlreiche Politiker bekundeten ihre Sympathie für das Anliegen,²⁰ teilweise sogar für den GmbH-

¹⁴ Abrufbar unter: <https://www.gesellschaft-mit-gebundenem-vermoegen.de/gesetzesentwurf>.

¹⁵ So Arnold/Burgard/Roth/Weitemeyer, NZG 2020, 1321 (1327 f.); RA-HdB/Feitsch/Linder, § 45 Rn. 18b; Grunewald/Hennrichs, NZG 2020, 1201 (1202); Haaker, DB 2020, M4; Hennrichs, ACQ 2020, 80; Hüttemann/Rawert/Weitemeyer, npoR 2020, 296; jedenfalls kritisch C. Teichmann, ACQ 2020, 77 (79).

¹⁶ GmbH-gebVG-E, abrufbar unter: <https://www.gesellschaft-mit-gebundenem-vermoegen.de/gesetzesentwurf>.

¹⁷ GmbH-gebVG-E, S. 21.

¹⁸ Behme, ZRP 2023, 38 (39); Möslein/Sanders, JZ 2022, 923 (933); Reiff, NZG 2023, 770 (775).

¹⁹ Eckpunktepapier *Stiftung Verantwortungseigentum*, S. 1, abrufbar unter: https://stiftung-verantwortungseigentum.de/fileadmin/user_upload/12_sve_eckpunktepapier_gmgv_stand_11.07.2023.pdf.

²⁰ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eröffnete im Oktober 2023 eine Konferenz zu dem Thema Verantwortungseigentum, siehe hierzu die Pressemitteilung der *Stiftung Verantwortungseigentum*, abrufbar unter: https://stiftung-verantwortungseigentum.de/fileadmin/user_